

Er scheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

# Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10 Sgr.; für Aus-  
wärtige portofrei  
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

für  
Stadt und Land.

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberggr.

N: 145.

Paderborn, 4. December

1849.

## Uebersicht.

Korrespondenz des Abgeordneten Hrn. Hesse.  
Wahl-Verordnung.  
Deutschland. Hildesheim (Bischöfs-Wahl); Koblenz (Militär-Maß-  
regeln); Frankfurt (Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit; Feier  
des Geburtsfestes des Königs v. Baiern und der 50jährigen Jubel-  
feier des k. k. FML. v. Schirnding); Mainz (die Mainsschiffahrt).  
Italien. Rom (über die Ankunft des Papstes).  
Rede des Abg. Hesse (Schluß). — Prozeß Waldeck.  
Vermischtes.

Berlin, den 1. December 1849.

Nach 2tägiger Debatte über den §. 64 des Ablösungsge-  
setzes, ist heute in der Plenarsitzung der Kammer folgender Be-  
schluß gefaßt worden: der Verpflichtete hat den 18fachen  
Betrag bei Baarzahlungen, und den 20fachen bei Uebernahme  
der Verzinsung durch die Rentenbanken (mit der darin enthal-  
tenen Amortisation) zu entrichten. Dieses ist der Vorschlag im  
Gesetzes-Entwurf, gegen welchen sich in Broschüren, Denks-  
schriften und Eingaben Seitens der Berechtigten so vie-  
lerlei Opposition erhoben hat. Gegen diesen Gesetzes-Ent-  
wurf und für einen höheren Ablöse-Betrag sprachen: v. Kleist-  
Rekow, Bauer, und Graf v. Ponninsky; Für den Entwurf,  
der vormalige Minister v. Patow — von dem der Entwurf den  
Namen trägt — und so; Es hatten sich noch eine Menge Redner  
gegen und für einreichen lassen, indeß führte ein besonderer  
Antrag den Schluß der Debatte, und die vorerwähnte  
günstige Abstimmung herbei. Aus den stenographischen Be-  
richten sind die von uns vorgebrachten Argumente zu er-  
sehen. Ich meinstheils, obgleich ich durch die Ablösung  
nicht persönlich berührt bin, freue mich über das Resultat.

Hesse.

## Verordnung

zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten  
zum Volks Hause.

(Berlin, 29. Nov.) Wir Friedrich Wilhelm, von  
Gottes Gnaden, König von Preußen u. c., thun kund und fügen  
hiermit zu wissen: Nachdem unterm 26. Mai d. J. zwischen den  
Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover ein von den-  
selben den übrigen deutschen Regierungen vorzulegender Entwurf  
ines Gesetzes über die Wahlen der Abgeordneten zum Volks Hause  
erfaßt worden ist, welcher lautet:

„§. 1. Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche,  
welcher das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Als selbstständig ist derjenige anzusehen, welcher an den  
Gemeindevahlen seines Wohnortes Theil zu nehmen berechtigt ist  
und irgend eine direkte Steuer zahlt.

§. 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:  
1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2)  
Personen, über deren Vermögen Konkurs oder Fallzustand gericht-  
lich eröffnet worden ist, bis dahin, daß sie ihre Kreditoren befrie-  
digt haben; 3) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus  
öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl  
vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 4. Als bescholten sind von der Berechtigung zum Wählen  
dieser Personen ausgeschlossen, denen durch rechtskräftiges Er-  
kenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging,  
entweder unmittelbar oder mittelbar der Genuß der staatsbür-

gerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder  
eingesetzt worden sind.

§. 5. Des Rechts zu wählen, soll, unbeschadet der sonst ver-  
wirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch straf-  
gerichtliches Erkenntniß verlustig erklärt werden, wer bei den Wahlen  
Stimmen erkaufte oder mehr als einmal bei der für einen und  
denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben oder zur  
Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel  
angewendet hat.

§. 6. Wählbar zum Abgeordneten des Volks Hauses ist jeder  
unbescholtene Deutsche, welcher das 30 Lebensjahr zurückgelegt hat  
und seit mindestens 3 Jahren einen deutschen Staat angehört hat.

§. 8. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen  
zum Eintritt in das Volks Haus keines Urlaubs, haben aber die  
Kosten ihrer amtlichen Stellvertretung zu tragen.

§. 8. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000  
Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung  
zu bilden.

§. 9. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der  
Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist  
hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von  
weniger als 50,000 Seelen ist unter die andern Wahlkreise des  
Einzelstaates verhältnismäßig zu vertheilen.

§. 10. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenig-  
stens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diesen soll die  
Stadt Lübeck gleichgestellt werden. Diejenigen Staaten, welche keine  
Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit anderen  
Staaten nach Maßgabe der Reichswahl-Matrikel zur Bildung von  
Wahlkreisen zusammengelegt.

§. 11. Die Wahl ist indirekt. Die Urwähler wählen Wahl-  
männer und diese wählen den Abgeordneten.

§. 12. Die Wahlkreise zerfallen in Wahlbezirke behufs der  
Wahl der Wahlmänner.

§. 13. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben  
will, muß in demselben zur Zeit der Wahl und seit mindestens 3  
Jahren seinen festen Wohnsitz haben und heimatsberechtigt sein.  
Er muß außerdem auf Erfordern nachweisen, daß er mit der letzten  
Rate der von ihm zu zahlenden directen Staatssteuer nicht im  
Rückstande ist. Der Standort der Soldaten und Mili-  
tairpersonen des stehenden Heeres gilt als Wohnsitz und be-  
rechtigt zur Wahl ohne Rücksicht auf Heimatsberechtigung und  
Dauer des Wohnsitzes. In den Staaten, wo Landwehr besteht,  
tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige,  
welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an  
dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen.  
Die näheren Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmungen  
bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§. 14. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahl-  
männer in 3 Abtheilungen getheilt. Jede Abtheilung wählt ein  
Drittheil der zu wählenden Wahlmänner.

§. 15. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe  
der von den Wählern zu entrichtenden directen Staatssteuern, und  
zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Ge-  
sammtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt. Diese Gesamt-  
summe wird berechnet: a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen  
Bezirk für sich bildet oder in mehrere Bezirke getheilt ist; b) be-  
zirksweise, falls der Bezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt  
ist. Den Regierungen der Einzelstaaten bleibt es überlassen, für  
diejenigen Gemeinden oder Bezirke, in welchen keine oder nicht alle  
landüblichen directen Steuern zur Hebung kommen, der ausfallen-  
den Steuer, behufs Feststellung der Wahlberechtigung und der Ab-  
theilung, eine andere zu substituieren.

§. 16. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern,  
auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Verlaufe eines Drit-